ich-bin-sauarm-Preis: **€0,50**; mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: **€1**; meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €**100**;

REVOLUTION

★ unabhängige Jugendorganisation ★ Nummer 35 ★ Mai/Juni/Juli 2009 ★

ON STRIKE

Streik in der Schule, Streik in der Fabrik!

vom Bildungsstreik zum Generalstreik!

www.REVOLUTION.de.com

Jetzt mit 16 Seiten! ★ 60 Jahre BRD ★ Kritik an Pazifismus und Anarchismus ★ Guadeloupe

Liebe Revo...



Demo in Berlin

„Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten! Und wer war mit dabei? Die Linkspartei!" Mit Losungen, die auf einer Demonstration der deutschen Gewerkschaftsbürokratie nicht gerade alltäglich sind, zogen der klassenkämpferische Block und der Bildungsblock auf der Gewerkschaftsgroßdemonstration am 16. Mai durch die City West in Berlin. Sicherlich nicht zufällig waren es auch nur diese beiden Blöcke, die durch ein Spalier von Bullen begleitet wurden.

Gerne gesehen waren dafür VertreterInnen der aktuellen Regierungspartei SPD und ihres ehemaligen Koalitionspartners, den Grünen, also Verantwortlichen für Sozialabbau und Kriegsbeteiligung. Den Parteivorsitzenden Özdemir und Müntefering war es auch vergönnt, das Fronttransparent mitzutragen. Seit' an Seit' liefen sie mit DGB-Boss Sommer.

Während Mainstream-Parteien mit ihren Fahnen und Luftballons ein fröhliches Volksfest feiern durften, mussten VertreterInnen dezidiert antikapitalistischer Organisationen ihren Stand abbauen oder wurden vom DGB-OrdnerInnendienst der Veranstaltung verwiesen. So blieb trotz der erfolgreichen Mobilisierung von 100.000 Menschen doch im Großen und Ganzen ein fader Beigeschmack, nicht wirklich eine Demonstration gegen die weltweite Wirtschaftskrise sondern eine Wahlkampfveranstaltung der DGB-Führung für die Sozialdemokratie besucht zu haben. Doch die sich verschärfende Situation für viele Menschen wird nicht sich auf ewig mit Bratwurstfesten wegjubeln lassen.

von Carsten, Revo Berlin (siehe auch S. 5 unten)

Demo in Prag

Am Samstag, den 16. Mai, fand eine Gewerkschaftsdemonstration in Prag statt. Sie richtete sich gegen Neoliberalismus in Europa und dagegen, dass die Kosten der Krise auf die Schultern der ArbeiterInnen und Armen abgewälzt werden. Ähnliche Proteste fanden am 14. Mai in Madrid, am 15. Mai in Brüssel und am 16. Mai in Berlin statt. Auf dem Platz vor dem Prager Schloss kamen über 30.000 GewerkschafterInnen aus zwölf EU-Ländern (Tschechien, Slowakei, Polen, Österreich, Deutschland, Ungarn, Slowenien, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Frankreich, Italien) zusammen, um der aktuellen tschechischen Übergangsregierung klar zu sagen, dass sie mit der für die ArbeiterInnen verheerenden Politik der alten, rechten Regierung brechen muss. 30.000 TeilnehmerInnen bedeutet eines der größten Events in der neueren Geschichte der tschechischen ArbeiterInnenbewegung.

Bei dieser Kundgebung war die unabhängige Jugendorganisation REVOLUTION natürlich dabei. Wir verkauften unsere Zeitung vor allem an junge GewerkschafterInnen und verteilten hunderte Flugblätter. Unsere sechs Hauptforderungen waren: 1. Nein zu den Kürzungen als Folge der Krise! 2. Nein zur ungewählten Übergangsregierung! 3. Nein zu Faschismus und seinen Parteien! 4. Nein zu falschen Hoffnungen in der Sozialdemokratie! 5. Ja zu globalen Protesten! 6. Ja zu kämpferischen und demokratischen Gewerkschaften!

Der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes John Monks rief dazu auf, an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen. Doch mehr hatte die Gewerkschaftsführung nicht wirklich zu bieten, um die Folgen der Krise zu bekämpfen.

von Roman, Revo Prag

Spanische Revolution

Vor 70 Jahren siegten die FaschistInnen unter Generalissimus Francisco Franco im spanischen BürgerInnenkrieg. Die zweite Republik – und vor allem die revolutionäre Welle, die als Antwort auf den Putsch hochgekommen war – wurde Anfang 1939 endgültig zerschlagen.

Noch können ZeitzeugInnen von dieser Zeit erzählen. Damals gingen junge Menschen aus aller Welt nach Spanien, um in den „internationalen Brigaden" gegen den Faschismus zu kämpfen. Dafür verdienen sie unseren größten Respekt. Doch die Frage geht oft unter, warum der BürgerInnenkrieg verloren ging. Unsere Wut über die Verbrechen der spanischen, italienischen und v.a. deutschen Banden des Faschismus darf nicht davon ablenken, dass es unterschiedliche – ja entgegengesetzte – Strategien für den antifaschistischen Kampf gab.

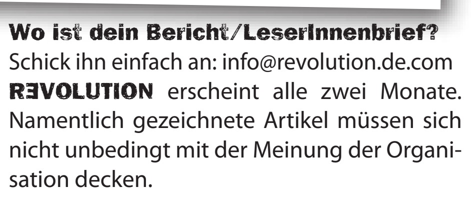
Sollte mensch zuerst den BürgerInnenkrieg gewinnen, um später die Revolution zu machen (wenn überhaupt)? Oder sollte mensch zuerst die Revolution machen, um dadurch den BürgerInnenkrieg zu gewinnen? Die StalinistInnen, AnhängerInnen des ersteren Konzeptes, wollten um jeden Preis verhindern, dass die Revolution „zu weit" ging. Das hätte nämlich die angeblich „demokratischen" KapitalistInnen in Spanien und im Ausland abgeschreckt. Dieses Konzept setzten die StalinistInnen mit aller Härte durch: tausende AnarchistInnen und SozialistInnen starben in den Folterkammern des sowjetischen Geheimdienstes in Spanien.

Auch diese Opfer, die im Kampf gegen die FaschistInnen von der offiziellen „Kommunistischen Partei" umgebraucht wurden, sollen gedacht werden. Es geht nicht darum, Kämpfe von vor 70 Jahren theatralisch nachzuspielen, sondern darum, die Lehren aus der Niederlage in Spanien zu ziehen: das bedeutet in erster Linie, mit dem Stalinismus und dem verheerenden Konzept der „Volksfront" zu brechen.

Denn auch heute müssen wir die Verbindung zwischen dem Kampf gegen den Faschismus und den Kampf für die Revolution verstehen. Deswegen verwundert es, dass z.B. die Broschüre der „Antifaschistischen Linken Berlin" (ALB) zum spanischen BürgerInnenkrieg diese Frage überspringt: auf einer Seite liest mensch über das Vorwärtsdrängen der proletarischen Revolution in Katalonien (ArbeiterInnenkontrolle in den Fabriken) und auf der nächsten Seite ist der BürgerInnenkrieg verloren.

Um diese Lücke zu füllen und die Debatte über die Lehren aus dem spanischen BürgerInnenkrieg voranzutreiben, veröffentlichen wir im Internet einen Artikel zum 70. Jahrestag der spanischen Revolution wieder.

Wo ist dein Bericht/LeserInnenbrief?
Schick ihn einfach an: info@revolution.de.com
REVOLUTION erscheint alle zwei Monate. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung der Organisation decken.





15.-19. Juni: bundesweiter BILDUNGSSTREIK!

Die Missstände im deutschen Bildungssystem sind nicht übersehbar: überfüllte Klassen- und Vorlesungsräume, Mangel an Lehrkräften und wachsender Leistungsdruck prägen den Alltag auf den Schulen und Unis. Das gegliederte Schulsystem bedeutet, dass Kinder aus ärmeren Verhältnissen kaum eine Chance auf ein Studium haben, während die Reichen ihre Kinder auf Privat- und Eliteschulen schicken können. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise wird im staatlichen Bildungssystem an allen Ecken und Enden gekürzt. Umso stärker müssen wir Schüler Innen und Studierende uns jetzt dagegen wehren!

Internationale Ausmaße

Im November streikten 100.000 SchülerInnen in ganz Deutschland. Aber nicht nur hier gab es Proteste: Erst Ende April gab es eine „Globale Aktionswoche" mit Streiks und Besetzungen in ganz Europa, in den USA und vielen anderen Ländern. In Wien gingen beispielsweise am 24. April 25.000 SchülerInnen und Studierende auf die Straße. In Frankreich, Italien und Griechenland reagierten Jugendliche mit radikalen Protestformen auf ihre immer größer werdende Verunsicherung. Sie kämpften jedoch nicht allein, sondern als Teil einer Bewegung gegen die Folgen der Wirtschaftskrise und legten ihre Länder mit großen Generalstreiks lahm.

Angriffe auf uns alle

Denn nicht nur im Bildungssektor gibt es systematische Kürzungen und Verschärfungen: besonders seit dem Beginn der weltweiten Wirtschaftskrise haben die Angriffe auf ArbeiterInnen und Auszubildende noch mehr zugenommen. Lohnkürzungen und Massenentlassungen werden als alternativlos hingestellt, während die Milliarden der zahlreichen Rettungspakete und Konjunkturprogramme wie Tropfen auf dem heißen Stein verdampfen oder als Profite in die Taschen der UnternehmerInnen und BankerInnen fließen.

Gemeinsamer Kampf

Weil wir in den Schulen und Unis mit der gleichen Politik konfrontiert sind wie die ArbeiterInnen und Auszubildenden in den Betrieben, müssen wir uns mit ihren Kämpfen solidarisieren und gemeinsam für eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse kämpfen. Nur wenn ArbeiterInnen, Auszubildende, Studierende und SchülerInnen gemeinsam streiken, blockieren und besetzen, können wir alle genug Druck machen, um die Ursachen unserer Misere zu beseitigen!

Darum organisiert euch in Streikkomitees, Politik-AGs und Basisstrukturen! Kommt zum bundesweiten Bildungsstreik vom 15-19. Juni!

Forderungen von Revo

- ★ Kostenlose Bildung für alle! Nein zu Studien- und sonstigen Gebühren! Für die volle Lernmittelfreiheit!
- ★ Für kleinere Klassen und Kurse! Für die Einstellung von tausenden neuen Lehrkräften! Für Arbeitszeitverkürzung bei den Lehrkräften!
- ★ Nein zu Überwachung und Kontrolle! Weg mit „SchülerInnendateien" und Anwesenheitslisten!
- ★ Nein zur sozialen Selektion! Weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem! Weg mit Bachelor und Master!
- ★ Gegen die Privatisierung der Bildung!
- ★ Für selbstverwaltete Freiräume und Jugendzentren! Für Politik-AGs, Streikkomitees und Basisstrukturen der SchülerInnen und Studierenden!
- ★ Für selbstbestimmtes Lernen! Die SchülerInnen und Studierende müssen die Lerninhalte selbst kontrollieren!
- ★ Für radikale Protestformen wie Straßenblockaden und Besetzungen!
- ★ Für Solidarität zwischen Jugendlichen und ArbeiterInnen! SchülerInnen, Studierende, LehrerInnen und andere ArbeiterInnen müssen gemeinsam streiken! Für den Generalstreik!

Aufruf von REVOLUTION

Zum Bildungsstreik rufen SchülerInnen- und Studierendenbündnisse in fast 50 Städten sowie viele Organisationen (darunter die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) auf.

Was hat Bildung mit Kapitalismus zu tun?

Das Bildungssystem ist nicht zu trennen vom Rest der Gesellschaft. In den Lernfabriken Schule und Universität wird die nachwachsende Generation auf den Arbeitsmarkt „vorbereitet". Im Klartext heißt das nichts anderes, als dass wir zu unterwürfigen ArbeiterInnen geformt werden sollen, indem wir von klein auf zu Leistungs- und Konkurrenzdenken erzogen werden, während alle möglichen Kon trollinstrumente dafür sorgen, dass wir ja nicht zu weit von erlaubten Denkpfaden abkommen.

Nur eine kleine Elite kommt in den Genuss besserer Bildung. Das gegliederte Schulsystem drängt uns schon früh in unsere späteren Rollen im Arbeitsleben – eine Menge Fußvolk und ein paar KapitalistInnen, ManagerInnen, SpezialistInnen etc., die etwas zu sagen haben. Diese soziale Spaltung der Gesellschaft ist kein unglückliches Nebenprodukt, sondern erforderlich für ein Wirtschaftssystem, welches Profite für wenige auf Kosten der Mehrheit produziert: der Kapitalismus. D.h. auch, dass ein Kampf für bessere Bildung immer auch ein Kampf gegen den Kapitalismus sein muss.

Besetzungen statt

Eine praktische Antwort auf die Folgen der Krise

Die Krise ist längst nicht mehr eine Finanzkrise, deren Auswirkungen sich auf Hochhäuser an der Wall Street in New York oder in der Innenstadt von Frankfurt am Main beschränken. Millionen ArbeiterInnen rund um die Welt verlieren ihre Arbeitsplätze und damit ihre Existenzgrundlage.

Was können wir gegen diese Entwicklungen tun? Die GewerkschaftsführerInnen, aber auch viele einfache ArbeiterInnen, haben sich auf eine Logik des Verzichts eingelassen.

„Wir müssen den Gürtel enger schnallen" sagen uns die die KapitalistInnen, ihre PolitikerInnen und ihre Medien. Dabei sind die Gürtel von ArbeiterInnen und KapitalistInnen, wie wir wissen, unterschiedlich groß. Bill Hicks hat schon vor 20 Jahren die passende Antwort auf diese Parole gefunden: *„Es würde mir wesentlich leichter fallen, den Gürtel enger zu schnallen, wenn ich ihn um ihre Hälse herum enger schnallen könnte."*

Welche Antwort?

Die Wut gegen die ProfiteurInnen der globalen Wirtschaftskrise ist enorm. Beim Skandal um die Bonuszahlungen beim weltweit größten Versicherungskonzern AIG – der seinen ManagerInnen Millionen zahlte, nachdem der Staat ihn mit Milliarden vor dem Kollaps retten musste – gingen zahlreiche Morddrohungen bei den ManagerInnen ein. Der CEO von Royal Bank of Scotland, Fred Goodwinn – der ebenfalls eine millionenschwere Rente bekam, nachdem seine Bank gerettet werden musste – bekam die Fensterscheiben seines Hauses eingeschlagen.

Solche Aktionen sind gut, um Frust über die Folgen der Krise abzulassen. Doch sie werden kaum dazu dienen, Arbeitsplätze zu retten. Die Krise ist eben nicht durch einzelne, besonders verantwortungslose oder gierige BankerInnen verursacht worden, sondern durch die Widersprüche des Systems selbst. Wutausbrüche gegen einzelne KapitalistInnen bringen entsprechend wenig: tausende weitere warten nur darauf, die Plätze der Ausgeschiedenen zu übernehmen.

Besetzungen

Was können also ArbeiterInnen tun, um sich gegen Entlassungen zu wehren? In der letzten Ausgabe dieser Zeitung hatten wir schon eine Karte mit Fabrikbesetzungen quer durch Europa – in der Zwischenzeit sind Dutzende weitere Besetzungen dazu gekommen.

Meistens geht es bei solchen Protesten darum, Druck zu machen, etwa gegen Entlassungen oder zumindest um Auszahlungen für die Entlassenen. Somit handelt es sich in den meisten Fällen um eine radikale Arbeitskampfmaßnahme, die mit der Erzwingung von Zugeständnissen dann beendet wird.

Doch diese Kampfform geht über einen einfachen Lohnkampf hinaus. Denn die Inbesitznahme von Fabrikanlagen durch die



Die Besetzung der Visteon-Fabrik in London

Wie mensch nicht gegen d

DGB mobilisiert 100.000 zur Großdemo – sonst nichts

„Es kann nicht sein, dass diese riesige Krise ... auf dem Rücken der kleinen Leute, der Beschäftigten ausgetragen wird – alleine auf deren Rücken ausgetragen wird", spricht Herr Schulz vom DGB in die Kamera. Auch wenn Herr Schulz, Cheforganisator für die Demo in Berlin, hier keine vorbereitete Rede hält, sind diese Worte doch sehr bezeichnend für die Position der Gewerkschaftsbürokratie.

Am 16. Mai 2009 fand in Berlin eine von 5 Demos in europäischen Hauptstädten statt, initiiert vom Europäischen Gewerkschaftsbund. Auf der Demonstration mit dem Motto „Kampf der Krise, die Verursacher müssen zahlen!" hielt dann DGB-Chef Michael Sommer eine wohlvorbereitete Rede. Darin machte der oberste Gewerkschaftsfunktionär der BRD auch gleich die VerursacherInnen aus: „Skrupellose Casino-Kapitalisten und gewissenlose Finanzhaie". Die Schlussfolgerung aus diesen Worten ist klar. Man streiche die skrupellosen Casinospiele und die Gewissenlosigkeit und schon reisen wir mit „freundlichen ArbeitgeberInnen und gewissenhaften Bankfachleuten" zurück ins Wirtschaftswunderland. Wer's glaubt, wird selig ... und arbeitslos (wenn er/sie es nicht schon ist).

Der Starke Staat

Dafür gilt es, wenn wir den „KollegInnen" an der Spitze glauben wollen, den Staat zum Handeln zu überreden („überreden" im wahrsten Sinne des Wortes, denn „Streik ist immer [nur] die letzte Option", wie wir ja vom früheren Gewerkschaftsführer und späteren DB AG-Vorstandsmitglied Norbert Hansen gelernt haben). Der Staat soll also ran. Er soll zuerst einmal den sogenannten Finanzsektor regulieren. D.h. den Unternehmen, auf die er Zugriff hat, soll er große Profiteinbußen „ermöglichen". Dass die Bundesregierung in Zeiten verschärfter Konkurrenz der Deutschen Bank, Siemens, Thysen-Krupp und Co. die Marktposition verschlechtert, ist mehr als fraglich.

Das Zauberwort, das derzeit auch durch die Gewerkschaften geistert, ist „Konjunkturpaket III", besonders bei ver.di-Chef Frank Bsirske. Nachdem mit den ersten beiden „Konjunkturpaketen" einmal 500 Milliarden und nochmal über 30 Milliarden Euro in die Wirtschaft gepumpt wurden, soll nun, nach diesen „Erfolgen" also das nächste kommen.

„Konjunktur ankurbeln!"

Der Vorschlag der ver.di-Führung sieht vor, 100 Milliarden Euro bereitzustellen. Die sollen aus Steuererhöhungen finanziert werden, welche immerhin vor allem auf Kosten der Reichen gehen sollen. Das Geld soll dann in Bildung, Infrastruktur, Krankenhäuser und das glasfaserbasierte Breitbandnetz fließen. Kurz: das Geld soll Unternehmen zugeführt werden, die ver.di-Mitglieder beschäftigen. Das verhindert dann zwar ganz und gar nicht weitere Verschlechterungen für die ArbeiterInnen, aber vielleicht schwächt es (kurzfristig) die jetzt kommende Entlassungswelle ab. Und das bedeutet für die ver.di-FunktionärInnen, dass die Gefahr geringer wird, dass sie die Kontrolle über die Beschäftigten verlieren und diese folglich erstmal weiter als Verhandlungsmasse zur Verfügung haben. Diese Kontrolle ist schließlich genau das, was ihren Sta-

...ntlassungen!

ArbeiterInnen bedeutet eine Infragestellung – vielleicht auch unbewusst – des kapitalistischen Privateigentums. Dieses sagt, dass ein/e Kapitalist/in mit seinen/ihren Produktionsmitteln machen kann, was er/sie will. Bei einer Besetzung heißt es dagegen, dass die ArbeiterInnen diese Produktionsmittel – zumindest eine Zeit lang – kontrollieren.

Weitergehen!

Besetzungen können auch viel weiter gehen als die Fälle, die wir in den letzten Monaten gesehen haben. Denn eine besetzte Fabrik, die Rohstoffe, Maschinen und ArbeiterInnen hat, hat eigentlich alles, was sie braucht – fehlen die ManagerInnen oder BesitzerInnen, können die Räder trotzdem weiterlaufen.

Genau das passiert in der argentinischen Keramikfabrik ZANON, die vor neun Jahren im Rahmen eines Arbeitskampfes gegen Entlassungen von der Belegschaft besetzt wurde. Seit 2002 produzieren die fast 500 ArbeiterInnen Fliesen und andere Keramikprodukte ohne Chefs. Alle Entscheidungen werden in der wöchentlichen Belegschaftsversammlung getroffen, und alle ArbeiterInnen besitzen das gleiche Stimmrecht und bekommen den gleichen Lohn. Der Spruch der Zanon-ArbeiterInnen lautet: „Eine Fabrik ohne ArbeiterInnen funktioniert nicht. Aber eine Fabrik ohne Chefs funktioniert sehr wohl."

Selbst in Deutschland gab es schon mal solche Erfahrungen, als im Oktober 2007 die Belegschaft einer Fahrradfabrik im thüringischen Nordhausen für mehrere Wochen Fahrräder unter ArbeiterInnenkontrolle herstellte (sie hießen passend „Strike Bikes"). Diese Aktion wurde nach einigen Wochen wieder eingestellt, aber sie zeigte ebenfalls, dass eine Fabrik ohne Chefs funktionieren kann.

Eine Fabrik unter ArbeiterInnenkontrolle kann allerdings nicht wie eine sozialistische Insel im kapitalistischen Meer problemlos laufen. Dieses Modell, um wirklich längerfristig funktionieren zu können, muss auf die gesamte Wirtschaft ausgeweitet werden.

Selbst bei diesen Erfahrungen auf der Ebene einer einzigen Fabrik sieht mensch die Keime einer Planwirtschaft: Belegschaften produzieren nicht für die Profite eines/r Kapitalisten/in, sondern nach einem demokratischen Plan für die Bedürfnisse der Gemeinschaft. Eine Planwirtschaft nach diesem Modell hat wenig mit der bürokratischen Planwirtschaft zu tun, die im „real existierenden Sozialismus" vorherrschend war. Eine wirkliche Planwirtschaft müsste durch demokratische Räte der gesamten ArbeiterInnenklasse kontrolliert werden. Und das zeigt einen Weg aus der Krise.

von Wladek, Revo Berlin

...ie Krise kämpft...

tus als Gewerkschaftsbürokratie ausmacht.

Besonders die oberste Liga der FunktionärInnen sieht sich und die Gewerkschaften in Verantwortung für „Deutschland", für „Sozialpartnerschaft" und einen „sozialen Frieden", der aus profitlogischen Gründen längst von oben aufgekündigt ist. Dass Gewerkschaften eigentlich nichts anderes sein sollten, als der Zusammenschluss von abhängig Beschäftigten zur Durchsetzung ihrer Interessen, ist für die Leute in den Vorsitzenden-Sesseln völlig unverständlich. Sie wollen, wie BürokratInnen nun mal fast immer sind, das alles beim Alten bleibt und sie ihre Privilegien behalten. Sie wollen weiter ein schönes Gehalt, Dienstwagen und Anerkennung für ihren Job als DompteurInnen der ArbeiterInnenklasse.

Soziale Unruhen

Wenn also DGB-Boss Sommer vor sozialen Unruhen und rebellischen Belegschaften warnt, und damit seine FreundInnen in Politik und Konzernvorständen samt deren „freier Presse" aufrüttelte, dann ist das nichts als die Warnung an seine Kollegen in der deutschen Elite: „Hey, seht euch vor! Wir müssen die unter Kontrolle behalten!".

Wir müssen erkennen, dass es nicht irgendwelche bösen BankerInnen sind, die für die Krise zur Verantwortung gezogen werden müssen – es sind Markt, Konkurrenz und Kapital, deren ganz normale Dynamik uns ins Elend führt. Um dieses Elend abzuwenden, können wir nicht hoffen und beten, dass Leute vom Schlage eines Sommer oder Bsirske im Ringkampf von Kapital und Arbeit doch noch mal die Seiten wechseln. Sie leben gerade als VermittlerInnen zwischen beiden Seiten und haben deswegen kein Interesse daran, dass die ArbeiterInnen diesen Ringkampf gewinnen. Deswegen möchten sie marode Unternehmen (samt ihrer BesitzerInnen) gerettet sehen, statt für die Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle zu kämpfen.

Wir sollten uns keine Illusionen machen, dass bald andere FunktionärInnen mit ganz tollen Ideen auf die Chefsessel kommen. Selbst ist die Arbeiterklasse! Selbst den Streik organisieren! Selbst Streikkommitees wählen! Selbst die Frage beantworten: Wem gehört der DGB? Wem gehören die Fabriken?

von Jalava, Revo Kiel

Programm gegen die Krise

Betriebsbesetzungen und Produktion unter ArbeiterInnenkontrolle sind nur Teil eines sozialistischen Programms gegen die Krise. Weitere Forderungen, die verhindern sollen, dass wir die Krise des Kapitalismus bezahlen müssen, sind:

- ★ **Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnkürzung:** statt Kurzarbeit für weniger Geld zu akzeptieren, muss die vorhandene Arbeit auf alle Schultern verteilt werden, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren.
- ★ **automatische Anpassung der Löhne, Renten und Sozialleistungen:** bei jeder Preissteigerung muss das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung automatisch erhöht werden, und zwar unter Kontrolle der Arbeitenden selbst.
- ★ **Kontrolle der Geschäftsbücher:** wenn ein Unternehmen Einschnitte aufgrund der angeblich schlechten Lage anordnet, muss die Belegschaft überprüfen, wie die finanzielle Situation des Unternehmens wirklich aussieht.
- ★ **Kontrolle der Produktion:** die ArbeiterInnen müssen demokratisch entscheiden, was und wie und für wen sie produzieren. So könnte die verheerende Überproduktionskrise in der Autoindustrie dadurch gelöst werden, dass die ArbeiterInnen auf ökologisch sinnvolle Produkte umsteigen.
- ★ **Verstaatlichung der Unternehmen, die mit Entlassungen drohen:** statt die Zerstörung von Arbeitsplätzen zu akzeptieren, muss der Staat gezwungen werden, die Haftung zu übernehmen. Jedoch sollte nicht eine staatliche Bürokratie, sondern die Belegschaften selbst die Produktion kontrollieren.

Um dieses Programm umzusetzen:

- ★ **eine Basisbewegung in den Gewerkschaften:** da die Gewerkschaftsführungen das kapitalistische System mitgestalten (und dadurch erhebliche Privilegien bekommen), müssen die Betroffenen an der Gewerkschaftsbasis sich selbständig organisieren.
- ★ **eine revolutionäre Organisation:** die „SozialistInnen" von SPD oder Linkspartei beteiligen sich an kapitalistischen Regierungen und spielen damit nur Arzt/Ärztin am Krankenbett des Kapitalismus. Es bedarf einer Organisation der ArbeiterInnen, die die Kämpfe gegen die Folgen der Krise systematisch zum Sturz des Kapitalismus zusammenführt.
- ★ **eine ArbeiterInnenregierung, die sich auf demokratische Räte stützt:** denn eine bürgerliche Regierung, die sich auf den bürgerlichen Staat stützt, kann nie im Interesse der ArbeiterInnen handeln. Notwendig ist der Sturz dieses Staates und seine Ersetzung durch die Selbstverwaltung der ArbeiterInnenklasse.





Pazifismus?

Kann der Ruf nach Frieden die NATO brechen?

Europaweit mobilisiert wurde für den Protest gegen den NATO-Jubiläumsgipfel in Strasbourg (Frankreich) bzw. Kehl (Deutschland) Anfang April. Schon in der Woche davor kam es in Strasbourg immer wieder zu Zusammenstößen mit der französischen Polizei und Riots.

Diese Proteste richteten sich gegen die NATO (North Atlantic Treaty Organization), welche 1949 gegründet wurde. Die NATO diente zuerst als militärisches Bündnis kapitalistischer Staaten gegenüber der Sowjetunion, doch hat sowohl ihre Kompetenzen als auch ihre Mitgliederzahl seit dem Zusammenbruch des Ostblocks stetig erweitert. Auch die Kriegseinsätze im Sinne des Kapitals mehren sich ununterbrochen.

Autorität und Gewalt

Am 4. April kam es schließlich zur gemeinsamen Großdemonstration, an der sich über 10.000 Menschen mit den unterschiedlichsten politischen Vorstellungen beteiligten. Doch die geplante Demo konnte nicht wirklich stattfinden. Die französische Polizei setzte massiv Tränengas ein und sabotierte jeglichen Versuch einer friedlichen Demo von Anfang an.

„Die Autonomen", wie es im bürgerlichen Sprech dann so gern heißt, zogen ihre Konsequenzen daraus und brannten diverse Gebäude nieder, unter anderem ein Hotel. Warum jetzt gerade dieses Hotel (und später eine Apotheke und ein Tierheim) brennen musste, wurde auch ein Monat nach den Protesten nur den Wenigsten klar. Zwar gab es schon auf der Demonstration diverse Äußerungen und Gerüchte dazu, aber ein klares, öffentlichkeitswirksames Statement gab es nie. Die grundsätzlich berechtigten jedoch strategisch mehr oder weniger sinnlosen Zerstörungen des gesamten Tages konnten anscheinend nie in ein politisch sinnvolles Licht gerückt werden. Denn es gab keine Ansprechstelle, die dazu auch nur ansatzweise in der Lage gewesen wäre.

Hier zeigt sich eine der größten Schwächen der völlig diffusen „Anti-Autoritäts"-Haltung bei vielen Linksradikalen. Fakt ist: auch wenn die bürgerliche Presse Protest nicht automatisch positiv bewertet, nur weil es eineN PressesprecherIn gibt, so will sie doch eine zentrale Ansprechperson haben, die sich zu den Vorwürfen an die Protestierenden äußert. Verweigert man sich dem (weil ja jedeR dazu was sagen darf), wird die Presse die größten Freaks vor die Kamera zerren, die dann in völlig unsolidarischer Weise das „verurteilen", was über den gewaltlosen Rahmen hinaus geht: „sie machen alles kaputt, wofür wir den ganzen Tag gekämpft haben" .

Wenn die Bewegung durch solche öffentlichen Äußerungen nur gespalten wird, dann ist dem Protest insgesamt nicht geholfen. Wie kann es demokratisch sein, wenn nicht der-/diejenige sich äußert, der/die von einem Bündnis dazu legitimiert wurde, sondern einfach irgendwer? Auch wenn man die Wirksamkeit bürgerlicher Presse nicht überschätzen sollte: Wenn man es nichtmal versucht, die angewandte Gewalt zu legitimieren, die Polizeigewalt öffentlichkeitswirksam anzuprangern, wie kann man dann erwarten, dass irgendwer (zumindest irgendwer, der nicht gerade die verbalradikalen Flyer in die Hand gedrückt bekommen hat und ständig Indymedia liest) die Politik dahinter nachvollziehen kann? Die politischen Inhalte blieben nicht, wie es die Taz behauptet, wegen der Gewalt auf der Strecke – sondern weil niemand bemüht wurde, die Gewalt in einen politischen Kontext zu setzen. Die Anti-Gewalt-Fraktion spielte der herrschenden Klasse mit ihren Distanzierungen auch noch massiv in die Hände.

Gewalt: von oben, von unten

Doch das ist nur symptomatisch für den Pazifismus. Indem auf einer komplett formalen Ebene Gewalt gegen Nicht-Gewalt gegenüber gestellt wird, zeigt sich die Friedensbewegung unfähig, den qualitativen Unterschied zwischen Gewalt von oben und Gewalt von unten zu erkennen. Wie kann die Gewalt, die darauf ausgerichtet ist, Menschen auszubeuten und die Herrschaft des Kapitals aufrecht zu erhalten, das Gleiche sein, wie die Gewalt, die darauf bedacht ist, eben dies zu verhindern und letztlich Klassenherrschaft insgesamt zu überwinden? Das natürlich die Gewalt der „Autonomen" – Hotels anzünden und Fenster von leeren Fabriken zerschlagen – uns dem Sturz des Kapitalismus keinen Schritt näher bringt bzw. gebracht hat, ist klar. Doch dies als taktische Frage zu kritisieren – und zwar im Rahmen der Bewegung –, ist etwas völlig Anderes, als sich auf das moralische Ross zu schwingen und die Gewalt zu „verurteilen", die aus der unvergleichbar größeren Gewalt des Systems resultiert.

Neben dieser moralischen Kritik kommt aber noch eine weitere Ebene hinzu, die zu den seltsamsten Blüten führt: eine Naivität gegenüber (über)staatlichen Institutionen sondergleichen. Wenn neben den NO NATO-Schildern, der roten Fahne und der Peace-Fahne auch die blaue Fahne der Vereinten Nationen weht, dann läuft etwas falsch. Wenn dann auch noch Schilder auf den Demonstrationen auftauchen, die behaupten: „NATO = bad; UN, EU, OSCE = good", dann möchte man sich nur noch an den Kopf fassen. Die EU, an deren Grenzen jedes Jahr Tausende sterben, und die Blauhelme der UNO, die unter anderem am imperialistischen Besatzungskrieg in Afghanistan beteiligt sind, sind im Gegensatz zur NATO „good"?

Reform und Revolution

In letzter Konsequenz führt dieser Irrglauben dazu, dass man nach „friedlichen", reformistischen, Methoden sucht, um das System der Gewalt zu überwinden. Dabei zeigt sich ein enorm idealistisches Verständnis von der Welt, welches das Handeln der Herrschenden nicht als logische Konsequenz ihrer ökonomischen Situation begreift, sondern als individuelle (unmoralische!) Fehlhandlung, die man durch bloßes Argumentieren aufheben könnte. Doch tatsächlich ist ein politischer Kampf „seinem Wesen nach Kampf von Interessen und Kräften, nicht von Argumenten."

Die KapitalistInnen werden ihre Macht nicht aufgeben, weil sie ihre jetzige soziale Situation aufrecht erhalten wollen – ihr Bewusstsein ist davon geprägt. Das zu tun, dafür werden sie letztlich alle Gewalt einsetzen, die ihnen notwendig erscheint. Der „friedliche Protest" gibt darauf keine Antwort, kann er auch nicht. Nur eine Revolution, „selbst ein Produkt der Klassengesellschaft" , ist dazu in der Lage, ein System der Gewalt – die Klassenherrschaft - zu überwinden. Diese muss jedoch Massencharakter haben und darf nicht die Aktion Einzelner sein.

von Johannes, Revo Berlin



Anarchismus?

Kann der Anarchismus die Menschheit befreien?

Bei den Protesten in Strasbourg berichteten die bürgerlichen Medien über „anarchistische Randalierer". Und nicht nur dort erscheint der Anarchismus unüberholbar radikal. Als MarxistInnen kritisieren wir die Strategie, die sich auf radikale Aktionen kleiner Gruppen beschränkt. Aber unsere Kritik am Anarchismus geht viel weiter. Wir wollen uns anschauen, welche Perspektiven der Anarchismus für eine Revolution bietet.

Die Staatsfrage

AnarchistInnen teilen mit MarxistInnen den Wunsch nach der Zerschlagung des Kapitalismus und der Schaffung einer Welt ohne (Klassen-)Grenzen und Unterdrückung. Doch kann die von den AnarchistInnen propagierte Strategie zu diesem Ziel führen?

Die Probleme der anarchistischen Ideen fangen in der Staatsfrage an. Zwar ist es richtig, dass der bürgerliche Staat eine gegen die Menschen (genauer gesagt: gegen die arbeitenden Menschen) gerichtete Institution ist, die abgeschafft werden muss. Aber der Staat kann nicht einfach per Proklamation aus der Welt geschaffen werden. MarxistInnen sind der Meinung, dass die ArbeiterInnenklasse zur Erreichung ihrer Ziele zuerst eine revolutionäre Republik aufbauen muss, um das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln zu erobern und zu sichern. Diese muss auf Grundlage von demokratischen Räten und Milizen entstehen, an denen die gesamte ArbeiterInnenklasse aktiv teilnimmt. Damit hat ein solcher ArbeiterInnenstaat einen grundlegend anderen Charakter als der bürgerliche Staat, den wir kennen – er wird eher ein „Halbstaat" sein, da er sich nicht auf eine abgehobene Bürokratie sondern auf die aktive Selbstverwaltung der Bevölkerung stützen wird.

AnarchistInnen glauben, dass dieser ArbeiterInnenstaat als Übergang zur kommunistischen (oder libertären, wie sie es nennen) Gesellschaft nicht notwendig ist. Doch wäre die Weigerung der RevolutionärInnen, die Macht zu übernehmen, katastrophal, denn ReformistInnen und Reaktionäre würden dieses Vakuum ausnutzen und versuchen, die Errungenschaften der Revolution rückgängig zu machen.

Als Alternative zur ArbeiterInnenrepublik wird von AnarchistInnen der Föderalismus propagiert. Sie behaupten, eine föderale Struktur von völlig autonomen Kollektiven würde Machtanhäufung verhindern. Doch das Gegenteil ist der Fall. Wenn die einzelnen Kollektive sich nicht untereinander zentral abstimmen, besteht die Gefahr, dass nicht die Mehrheit bestimmt, sondern in einem politischen oder wirtschaftlichen Wettbewerb eine Minderheit die Hegemonie erreicht. Letztendlich würde das zu einer Wiederentstehung der Marktwirtschaft führen. Eine zentral und demokratisch verwaltete Planwirtschaft schließt die größtmögliche lokale Selbstverwaltung keineswegs aus – doch bei komplizierten Wirtschaftsprozessen (schon der Bau eines Computers) reicht die Arbeit eines einzelnen lokalen Kollektivs keineswegs aus, und deswegen sind gesamtgesellschaftliche Entscheidungsrahmen unabdingbar.

Die Partei

Ebenso lehnen die AnarchistInnen es ab, eine politische Partei der ArbeiterInnenklasse aufzubauen. Sie behaupten, eine Partei würde in einer neuen Elite in der Gesellschaft enden; so liege zum Beispiel der Grund für die bürokratische Entartung des Sowjetsystems in Russland in der führenden Rolle der bolschewistischen Partei in der russischen Revolution. Auf die tatsächlichen Ursachen der bürokratischen Konterrevolution Stalins möchten wir hier nicht weiter eingehen, auf die Notwendigkeit der Partei schon.

Revolutionäre KommunistInnen streben eine neuartige Partei an, die zutiefst demokratisch aufgebaut ist. Diese Partei wird die revolutionären Teile der ArbeiterInnenklasse auf der Grundlage eines klaren Aktionsprogramms vereinen, für die Unterstützung der Revolution durch eine Mehrheit der Klasse kämpfen und ihre einzelnen Kämpfe auf nationaler und mithilfe einer neuen Internationale auch auf internationaler Ebene zum revolutionären Kampf für den Sozialismus verbinden. Sollte es keine Partei der Revolution geben, werden wir den unheilvollen Einfluss der ReformistInnen auf die ArbeiterInnenklasse nicht brechen können. Die Beschreibung der Partei als einer Avantgarde bedeutet, die bewusstesten Teile der Klasse zu organisieren und eine Alternative zu den reformistischen Organisationen zu bieten. Denn am Ende kann die Revolution nur Ausdruck der Gesinnung der Massen der arbeitenden Bevölkerung sein.

Die Gewerkschaften

Viele AnarchistInnen befürworten „direkte Aktion" kleiner und oft unorganisierter Gruppen. Dabei weisen sie die Arbeit in Gewerkschaften und in der ArbeiterInnenbewegung zurück, denn sie glauben, Alltagskämpfe würden den Staat und Kapitalismus legitimieren. So lehnen sie den Kampf für jegliche Verbesserungen wie Lohnerhöhungen oder dergleichen ab. Damit jedoch überlassen sie die Massen der Klasse dem Reformismus – ihr einziges politisches Subjekt sind wütende Jugendliche, die allerdings nie das soziale Gewicht haben werden, um das System umzustürzen.

Die sogenannten AnarchosyndikalistInnen dagegen befürworten den Aufbau einer anarchistischen Gewerkschaft. Dabei übersehen sie 1) dass eine besondere, revolutionäre Gewerkschaft die RevolutionärInnen von den Massen, die in den großen Gewerkschaften organisiert sind, isoliert; 2) dass die Revolution nicht mit der alleinigen wirtschaftlichen Machtübernahme durch die ArbeiterInnenklasse zu bewerkstelligen ist. Erst muss die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Schaffung einer ArbeiterInnenrepublik die Grundlage für die Verstaatlichung der Produktionsmittel in ArbeiterInnenhand schaffen. Deswegen sind wir für den Aufbau einer revolutionären Partei, deren Mitglieder als Opposition in den Gewerkschaften arbeiten.

Der Anarchismus bietet ein schönes und verlockendes Bild, gerade für linke Jugendliche. Doch bergen seine Ansätze schwerwiegende Gefahren für die Revolution. Deshalb müssen revolutionäre KommunistInnen in die Kämpfe in Strasbourg und sonstwo eingreifen und ihre eigene Strategie den Ideen der AnarchistInnen entgegensetzen. Denn der Anarchismus, auch wenn er *rrrrrevolutionär* klingt, ist letztendlich nicht radikal genug. Er bleibt auf der Ebene der wütenden Ablehnung der bestehenden Verhältnisse stehen. Nur der Marxismus bietet eine Strategie an, wie diese Verhältnisse tatsächlich zu überwinden sind, um eine klassenlose Gesellschaft zu erreichen.

von Alexandrowitsch, Revo Hamburg



60 Jahre Grundgesetz, 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland, 20 Jahre nach dem Anfang vom Ende des „Unrechtsstaats" DDR – jetzt sollen wir mit „Hurra Deutschland!" auf den Lippen weitere 60 Jahre Kapitalherrschaft einläuten. Würde der Kapitalismus uns nicht gerade (mal wieder) in die soziale Krise werfen und den ArbeiterInnen damit alle Volksfeststimmung vermiesen, würde uns wahrscheinlich ein neues „Nationalstolz-Sommermärchen" auf allen Kanälen erzählt. Das fällt wohl ein wenig dürftiger aus, als einmal gewünscht. Trotzdem: Immer wieder präsentiert man uns dieser Tage die „Erfolgsgeschichte" BRD.

Für das deutsche Kapital sind die letzten 60 Jahre wirklich eine schier unglaubliche Geschichte des Erfolgs. Erinnern wir uns:

Nach der letzten großen („1929er"-)Krise des Kapitalismus hatte das deutsche Unternehmertum ein großes Problem: die deutsche ArbeiterInnenklasse, die damals noch wusste, dass *„die Interessen des Kapitals und die Interessen der Lohnarbeit sich schnurstracks gegenüberstehn."* (Karl Marx, „Lohnarbeit und Kapital").

Damals zogen die Nazis den Industriellen und Bankiers, den Krupps und Co. gerade noch den Kopf aus der Schlinge, indem sie die bestorganisierte Arbeiterklasse der Welt entwaffneten und ihre fähigsten AktivistInnen in Folterkellern, Gefängnissen und KZs fast vollständig zugrunde richteten. Die Hitler-Regierung bescherte dem deutschen Besitzbürgertum traumhafte Profite.

Doch wir kennen die Geschichte. Dieses „deutsche Sommermärchen" endete im sowjetischen Winter. Das deutsche Kapital verlor den Wettkampf um Rohstoffe und Absatzmärkte mit den Westmächten und den Vernichtungskrieg zur Eroberung der Sowjetunion. Die Niederlage war total.

Kapital am Boden!?!

1945 stand das deutsche Kapital als (zwar reicher, aber) absoluter Verlierer da. Der zuvor totale deutsche Staat war vorerst völlig verschwunden und Deutschland war völlig unter der Herrschaft von Staaten, auf die das deutsche Kapital keinen (oder kaum) Einfluss hatte. Die Alliierten planten, Deutschland nach ihren staatlichen Interessen neu zu gestalten. Das deutsche Kapital sollte seiner Aggressivität beraubt werden. Dazu wurde Deutschland verkleinert und sollte nach der Erklärung von Potsdam nicht nur „Denazifiziert", sondern auch „Demokratisiert", „Demilitarisiert", „Dezentralisiert" werden. Vor allem im Punkt B.12., der die *„Vernichtung der ... übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft ..., insbesondere Kartelle ... und andere Monopolvereinigungen"* vorsah, bedeutete für die deutschen Bonzen eine massive Verschlechterung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit.

Die alliierten Pläne für Bodenreformen sollten die reaktionären GroßgrundbesitzerInnen entmachten und dafür die LandarbeiterInnen- und Kleinbauernfamilien mit einer Lebensgrundlage ausstatten. Die größte Angst hatte das deutsche Unternehmertum dabei vor Stalins Sowjetunion. Das lag nicht nur an der alten Angst vor „Kommunismus". Stalin hatte bereits vor und während des Krieges klar gemacht, dass die Sowjetunion nicht auf die Weltrevolution zielte. Die deutschen Eliten aber hatten von der Sowjetunion dennoch nichts zu erwarten. Schließlich hatte die Bevölkerung der UdSSR im erklärten deutschen Vernichtungskrieg den allerhöchsten Blutzoll zahlen müssen. So hatten Stalin und die Sowjetbürokratie das größte Interesse an einer ewigen Schwächung des deutschen Kapitalismus.

Wurzeln des Faschismus

Die Bedrohung für das deutsche Kapital war jedoch nicht nur eine ausländische. Mit der Befreiung vom Faschismus begann sich auch die zerschlagene deutsche ArbeiterInnenbewegung (unter den Bedingungen der Besatzung) wieder zu organisieren. Schon kurz nach dem Zusammenbruch der deutschen Staatlichkeit begannen „Antifa-Kommitees" und ähnliche Basis-Zusammenschlüsse damit, die Verhältnisse zu ordnen. Sie arbeiteten an der Wiederherstellung der Versorgung und verfolgten Nazischergen. In einigen Betrieben hatten die ArbeiterInnen die Produktion selbst in die Hand genommen, die BesitzerInnen enteignet und spontan „Betriebsräte" gewählt, welche die Betriebe leiteten. Auch hier gingen die ArbeiterInnen selbständig gegen Nazis vor. Ein Bericht aus dem thüringischen Woltermarshausen beschreibt das proletarische Vorgehen farbenfroh: *„Ach, die Reinigung unserer Verwaltung ... hat uns sehr wenig Kopfschmerzen gemacht: Wir haben diese Leute ins Arbeitsverhältnis zurückversetzt, und sie fahren als Bergarbeiter mit in den Schacht ein. ... Die Herren machen noch etwas dumme Gesichter, aber unsere Kollegen Bergarbeiter versichern uns, daß sie schon nach kurzer Zeit verhältnismäßig gute Bergarbeiter geworden sind ..., und wenn sie noch etwas länger im Schacht gearbeitet haben, werden sie noch bessere Bergarbeiter sein."*

Die Angehörigen der ArbeiterInnenklasse waren fast geschlossen der Auffassung, dass mit dem Faschismus der Kapitalismus endgültig abgewirtschaftet hatte. Die Besatzungsmächte (und zwar alle) hatten nichts übrig für solche Selbständigkeit und gingen gegen die „Antifa-Kommitees" und die Räte vor.

Auferstanden aus Ruinen

Auch wenn Stalin und Konsorten kein antikapitalistisches Programm für Deutschland hatten und ein vereintes, kapitalistisches aber schwaches Deutschland forderten, waren die kapitalistischen Westmächte die wichtigsten Verbündeten der alten deutschen Eliten. Denn auch deren neuer alter Feind hieß (wenn auch Anfangs weniger deutlich) Sowjetunion und jede Form von Sozialismus. Sie trieben die deutsche Teilung voran, immer darauf bedacht, den sowjetischen „KommunistInnen" dabei den Schwarzen Peter zuzuschieben. Die Westmächte stoppten Reparationslieferungen an die Sowjetunion, verwarfen die Bodenreform-Pläne, vereinigten ihre Zonen wirtschaftlich miteinander und stießen mit der einseitigen Einführung der D-Mark die Ostzone in zusätzliche Schwierigkeiten. Die folgende Gründung der Bundesrepublik Deutschland war dann nur die Zementierung der deutschen Teilung im Rahmen des weltweiten „Blockkonfliktes".

Die Teilung war ein Glücksfall für (fast) Alle, die unter den Nazis profitiert hatten. Die ehemaligen Nazis waren nun willkommene antikommunistische „Fachkräfte", ob in der Politik (am bekanntesten: Bundeskanzler Kiesinger), in der Justiz oder im Bildungswesen. Der Antikommunismus war als ideologische Grundlage in der bundesrepunlikanischen Gesellschaft verankert worden. Macht und Eigentum der KriegsgewinnlerInnen waren durch die Spaltung der Bevölkerung in BewohnerInnen von Ost oder West weitgehend gesichert, denn in Westdeutschland sollte jedeR zum Bekenntnis gezwungen werden,



AnhängerIn der kapitalistischen „freien Welt" oder andernfalls AnhängerIn des „Kommunismus" – also FeindIn – zu sein.

„Free World"

Die Einbindung in den Westblock brachte dem deutschen Kapital unglaubliche Vorteile. Der neue Staatsapparat, mit dem so viele Verbindungen bestanden, war personell (ziemlich) der gleiche wie vor dem Krieg. Nun hatten zwar die US-Eliten und (in viel geringerem Maße) die Großbritanniens sowie Frankreichs immer das letzte Wort, doch die waren im Kampf gegen die stalinistische Welt an einer starken BRD interessiert und ließen den deutschen Bonzen daher weitestgehend freie Hand. Sogar die ArbeiterInnen der BRD konnten schließlich für das kapitalistische Projekt gewonnen werden. Anfangs ging es zwar auch den Lohnabhängigen in der BRD relativ schlecht – aber immerhin ging es ihnen besser als bei Kriegsende und auch noch besser als den ArbeiterInnen in der von Demontagen und sonstigen Reparationen heftig getroffenen, sowie industriell ohnehin schlechter ausgerüsteten DDR. Neben der materiellen Besserstellung spielte auch die antirussische und antikommunistische Hetze eine große Rolle, die nahtlos an die jahrelange Arbeit der Nazi-Propagandamaschine anknüpfen konnte. Die im Vergleich zu den SoldatInnen der Westalliierten leider hohe Zahl an Übergriffen von Angehörigen der Roten Armee bei Kriegsende unterstützten das neue alte Feindbild noch, wobei der Hintergrund dieser Verbrechen, die unfassbar blutrünstige deutsche Kriegsführung im Osten, von der Westpropaganda natürlich völlig ausgeblendet wurde.

Bald (1955) bekamen diese Eliten sogar wieder eine eigene Armee erlaubt. Und bald war die westdeutsche Wirtschaft wieder eine der stärksten Europas. Daran hatten die „GastarbeiterInnen" einen bedeutenden Anteil, die in Italien, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei wie Vieh ausgewählt und nach Westdeutschland verbracht wurden. Hier bescherten sie als „ArbeiterInnen zweiter Klasse" nicht nur den deutschen Konzernen Extraprofite, sondern verstärkten die Bindung der „deutschen" ArbeiterInnen an die deutschen AusbeuterInnen. Denn weil die Drecksarbeit nun von „Spaghettifressern" und „Kümmeltürken" übernommen wurde, bekamen viele „Deutsche" die Möglichkeit des Aufstiegs in (etwas) höhere Positionen und Lohngruppen. Die Berichte über „Ausländerkriminalität" „mangelnden Integrationswillen" und „Parallelgesellschaften" überdecken bis heute den Klassengegensatz zwischen BRD-KapitalistInnen und BRD-ArbeiterInnen mit einem rassistischen Schleier. Die schlecht kaschierte AusländerInnenfeindlichkeit verhindert eine solidarische Vereinigung der bundesdeutschen Lohnabhängigen zu einer klassenkämpferischen ArbeiterInnenbewegung, die wie einst die Kapitalherrschaft gefährden könnte.

Imperialismus reloaded

Der strategisch größte Erfolg des deutschen Kapitals war die Übernahme der DDR 1990. Mit dem Slogan „Wir sind ein Volk!" wurden die DDR-BürgerInnen dazu gebracht, den deformierten Arbeiterstaat an das alte deutsche Kapital zu verschenken. Die DDR wurde „abgewickelt", als BRD stieg Deutschland wieder zum (v.a. ökonomisch) mächtigsten europäischen Staat auf. Es wurde von der Kontrolle der ehemaligen Besatzungsmächte befreit und nimmt seit 1999 wieder aktiv an weltweiten Kriegseinsätzen zur Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten teil. Für die Kontrolle von vermeintlicher und wirklicher Opposition steht schon heute ein Apparat bereit, von dem die Stasi-BürokratInnen allerhöchstens träumten. Zur Spaltung nutzen die BRD-Eliten weiterhin die bewährten ideologischen Rezepte Antikommunismus (nun allerdings modifiziert als „leichenfleddernde" Rückschau auf die DDR) und AusländerInnenfeindlichkeit. Auch wird mithilfe von Fußballnationalmannschaft und Kampagnen wie „Du bist Deutschland!" ein nationale Gemeinschaft von Reich und Arm beschworen. Die Bundesrepublik Deutschland bietet damit eine ideologische Grundlage, auf der faschistische Bewegungen leider recht gut gedeihen können, da diese die öffentlichen Botschaften der kapitalistischen Eliten nur klarer und deutlicher aussprechen und damit auch noch oppositionell wirken.

Klassenkampf reloaded?

Der Klassenkampf von unten ist in Deutschland auf einem armseligen Niveau. Die SPD hat es im Laufe der bundesrepublikanischen Zeit geschafft, von einer Partei, die Sozialismus nur noch in Worten forderte zu einer erklärt antisozialistischen „Partei der Mitte" und zum Flaggschiff des Sozialabbaus zu werden. Die Partei „Die Linke" gibt sich wenig kämpferischer als die SPD der vor-Schröder-Ära. Sie nimmt das Wort „Sozialismus" zwar noch in den Mund, bekennt sich aber (wie schon die PDS) wiederholt zu freiem Unternehmertum und Marktwirtschaft. Sie bindet durch eine „linke" Rhetorik radikalere Kräfte in Jugend und ArbeiterInnenbewegung an sich. Viele Linke links davon geben sich „massenorientiert" und geben kaum klare Antworten; andere, „Ultralinke", fristen ein Kleingruppen-Dasein, in dem sie sich zu ihrer Schande teilweise auch noch eingerichtet haben.

Der revolutionäre Kommunismus liegt in Deutschland absolut am Boden. Durch die StalinistInnen und die bürgerlichen Linken bekämpft, haben trotzkistische Gruppen es nie geschafft, größeren Einfluss zu gewinnen. Ob wir es schaffen, eine sichtbare Alternative zu Reformismus, Stalinismus und Organisationsfeindlichkeit aufzubauen, hängt von unserer Fähigkeit zur Zusammenarbeit ab und von der Ehrlichkeit und Klarheit, mit der wir uns an den kommenden Kämpfen beteiligen. Unsere gelebte internationale Perspektive ist dabei vielleicht das größte Pfund des Trotzkismus. Dass die abhängig Beschäftigten ihre Spaltung überwinden und sich ihrem gemeinsamen Gegner, dem Kapital und seinen BesitzerInnen, endlich erfolgreich entgegenstellen ist eine Aufgabe, die nun schon seit gut hundert Jahren überfällig ist.

Wir RevolutionärInnen in der BRD müssen heute unserem Klassenfeind, dem deutschen Kapital wohl, leider für sein verdammtes perfides Geschick und seinen blutigen Erfolg eine gewisse Anerkennung zollen.

Weitere 60 Jahre hat die BRD gewiss nicht vor sich. In nicht so ferner Zukunft wird die Krise die alte Frage hier wieder offen stellen: sozialistische ArbeiterInnenrepublik oder erneute Barbarei?

Wir kennen ja die Antwort unserer alten FeindInnen. Doch müssen und werden wir alles dafür tun, dass die ArbeiterInnenklasse Deutschlands und der Welt geschlossen die andere Antwort geben kann.

von Jalava, Revo Kiel

Eine Partei der Bewegungen

Über die Neue Antikapitalistische Partei in Frankreich

Anfang Februar diesen Jahres gründete sich in St. Dénis, einem Vorort von Paris, eine neue Partei, deren Anspruch es ist, die zersplitterte französische Linke zu vereinen und eine neue Epoche der französischen Klassenkämpfe einzuleiten: die „Nouveau Parti Anticapitaliste", die Neue Antikapitalistische Partei. Doch noch ist nicht abzusehen, welche Rolle die NPA in Frankreich in Zukunft tatsächlich spielen wird, denn die politische Basis, auf welche sich die NPA stellt, ist ähnlich breit wie ihr Name suggeriert.

Entstehung und Struktur

Das Projekt einer „neuen antikapitalistischen Partei" entstand nach den französischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2007. Damals hatte der Präsidentschaftskandidat der trotzkistischen *Ligue Communiste Révolutionnaire* (LCR), Olivier Besancenot, 1,5 Mio. Stimmen auf sich vereint. (Der junge, charismatische Teilzeit-Briefträger gilt manchen Umfragen zufolge als populärer als der Präsident Sarkozy!) Im Anschluss daran rief die LCR zur Gründung einer neuen antikapitalistischen Partei auf. Im September desselben Jahres gründeten sich in ganz Frankreich „Kommitees für eine neue Partei", die sich lokal verankern und auf den Aufbau einer neuen Partei hinarbeiten sollten. Nach eigenen Angaben bildeten sich bis Juni 2008 etwa 300 Kommitees mit insgesamt 9-10.000 Mitgliedern, davon etwa fünfzig Jugendkommitees.

Die LCR (und ihre Jugendorganisation JCR) als größte Teilorganisation mit etwa 3000 Mitgliedern löste sich vor dem Gründungskongress auf. Damit gab sie ihren offen trotzkistischen Anspruch auf, weil die NPA als Nachfolgeorganisation sich nicht mehr auf den Trotzkismus bezieht, sondern stattdessen das „Beste" aus verschiedenen sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Traditionen vereinen will. Olivier Besancenot beispielsweise sieht sich selbst nicht in der Tradition Trotzkis, sondern eher der Che Guevaras, auch wenn unklar bleibt, was genau die französische radikale Linke vom guevaristischen Konzept der Guerrilla lernen kann.

Auf dem Kongress fanden sich verschiedenste Strömungen der französischen radikalen Linken wieder. Ihre unterschiedlichen Ausrichtungen widersprachen sich teilweise so sehr, dass nicht einmal ein Ersatz für den eigentlich als Übergangsname gedachten Titel NPA gefunden werden konnte. Mensch will sich unbedingt von vermeintlich „überholten" Konzepten distanzieren, um eine neue Generation anzusprechen und einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" zu entwerfen.

Da die meisten NPA-Mitglieder offiziell noch nie politisch organisiert waren, kann es nur als Erfolg angesehen werden, dass die LCR es geschafft hat, mit diesem Projekt ihren Einfluss enorm auszuweiten. Der Preis dafür ist aber, dass die LCR – die sich eigentlich schon seit Jahrzehnten von ihrem marxistischen Erbe entfernt, um sich jeder neuen Bewegung besser anpassen zu können – immer mehr nach rechts rückt.

Politisches Programm

Die Gründungsprinzipien der NPA sind auf dem Kongress mit einer großen Mehrheit (540 von 590 Delegierten) angenommen worden. Angesichts der enormen Vielfalt der vertretenen Strömungen ist es nicht verwunderlich, dass das Programm in einigen Punkten äußerst vage bleibt.

So wird zwar einerseits klar gesagt, dass der Kapitalismus für die dreifache Krise, in der die Welt sich befindet (ökonomisch, sozial, ökologisch), verantwortlich ist, und nur ein ökologisch ausgerichteter Sozialismus diese Krisen überwinden kann. Privateigentum an Produktionsmitteln wird abgelehnt, die Selbstorganisation der Produktion unter einem demokratischen Plan gefordert und ein ständiger Bezug auf die ArbeiterInnenklasse genommen. Andererseits fehlt eine eindeutige Strategie, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Dies liegt daran, dass sich die verschiedenen Strömungen innerhalb der NPA über Strategie und Taktik der Überwindung des Kapitalismus äußerst uneinig sind. Dies zeigt sich schon an der Debatte über das Ziel der NPA: Sozialismus, Öko-Sozialismus oder doch etwas anderes? Entschieden wurde sich, wie schon erwähnt, für den Namen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts". Doch auch das ist etwas unglücklich gewählt, da ja schon der venezolanische Präsident Hugo Chávez einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" proklamiert hat. Auch wenn die Struktur der NPA darauf hinweist, dass ihr Ziel ein anderes ist als der „Sozialismus mit UnternehmerInnen" der „bolivarianischen Revolution" in Venezuela, ist es von einem revolutionären Standpunkt aus problematisch, sich nicht eindeutig davon abzugrenzen.

Noch schwerer wiegt die Tatsache, dass in der Regierungsfrage keine eindeutige Position gefunden werden konnte: Momentan grenzt die NPA sich zwar von einer Koalition mit der sozialdemokratischen PS ab (auch bei den Wahlen zum EU-Parlament), aber es gibt auch rechte Kräfte innerhalb der NPA (wie auch vorher in der LCR), die eine Koalition mit allen irgendwie linken Parteien Frankreichs nicht ausschließen wollen. Für RevolutionärInnen muss allerdings klar sein, dass sie keiner bürgerlichen Regierung beitreten sollten (und nicht nur Regierungen ablehnen sollten, die Sozialabbau betreiben, wie die NPA es jetzt tut), sondern stattdessen für eine ArbeiterInnenregierung, die sich auf Räte stützt, kämpfen müssen. Insgesamt ist es also völlig offen, auf welche Weise die NPA ihr Ziel erreichen will.

Perspektiven

Momentan ist die NPA nicht als revolutionär zu bezeichnen in dem Sinne, dass sie eine klare Vorstellung davon besitzt, auf welchem Wege die ArbeiterInnenklasse den Kampf für den Sozialismus führen muss. Doch französische RevolutionärInnen können innerhalb der NPA für eine eindeutigere Ausrichtung kämpfen.

Ob die NPA sich zum Erfolgsmodell für die französische radikale Linke entwickelt oder nicht, kann jetzt noch nicht abschließend bewertet werden. Das Potential für eine solche Entwicklung ist durch die zugespitzte Klassenkampfsituation (mit zwei Generalstreiks dieses Jahr schon) vorhanden. Doch die NPA ist momentan eher eine Partei der verschiedenen sozialen Bewegungen als eine Partei mit einem revolutionären Programm. Das kann eine Stärke sein, denn die RevolutionärInnen innerhalb der NPA können die organisatorische Breite der Partei nutzen, um revolutionäre Ideen einflussreicher zu machen. Das kann aber genausogut eine Schwäche sein, wenn die NPA aufgrund ihrer programmatischen Unklarheiten sich dem politischen Mainstream anpasst.

von Stefan, Revo FU



Olivier Besancenot und sein Vorbild

Generalstreik auf Guadeloupe

Warum sich kämpfen doch lohnt

Auf der französischen Karibikinsel Guadeloupe hat ein sechswöchiger Generalstreik massive Verbesserungen für die Bevölkerung erkämpft. Trotz internationaler Wirtschaftskrise und Repression der Regierung hat der radikale Kampf der ArbeiterInnen die Regierung zur Zustimmung zu ihren Forderungen gezwungen.

Die Insel Guadeloupe gehört zu den französischen Antillen. Auf ihr leben 450.000 Menschen, ein großer Teil davon ist arbeitslos und lebt in Armut. Die Preise für lebenswichtige Produkte sind wesentlich höher als am französischen Festland, die Löhne allerdings deutlich niedriger. In den letzten Monaten kamen massive Preissteigerungen dazu, die sich die ArbeiterInnen auf Guadeloupe nicht mehr gefallen lassen wollten.

Es wurden Forderungen nach Preissenkungen für Grundnahrungsmittel, Benzin, Transporte, Mieten und Dienstleistungen sowie einer Lohnerhöhung von 200 Euro für niedrige Löhne aufgestellt. Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen wurde ein Generalstreik ausgerufen, an dem sich circa 40 000 ArbeiterInnen beteiligten und der die volle Solidarität der verarmten Bevölkerung erhielt.

Viele Betriebe wurden bestreikt und von Streikposten blockiert, Tankstellen, Schulen und Geschäfte geschlossen, der Müll blieb liegen. Hafen und Flughafen wurden nur für Notversorgungsgüter geöffnet. Die streikenden ArbeiterInnen übernahmen die Kontrolle über die Wasser- und Stromversorgung. Die Versorgung der Bevölkerung wurde teilweise vom Streikkomitee organisiert.

Der Streik ging natürlich nicht ohne Widerstand vonstatten. UnternehmerInnen haben versucht unter Schutz der Polizei mit LeiharbeiterInnen ihre Geschäfte und Betriebe wieder zu öffnen, die Streikposten konnten das aber verhindern. Auch die französische Regierung versuchte aus Angst, der Streik könnte sich auf das Festland ausweiten, den Streik zu unterdrücken. So wurden etwa Polizeieinheiten vom Festland nach Guadeloupe verlegt. Trotzdem hat sich der Streik auf die französische Nachbarinsel Martinique ausgeweitet.

Ein Element der Breite des Streiks war auch, dass die herrschende Klasse, die Regierung und die UnternehmerInnen, auf Guadeloupe besonders verhasst ist, da sie stark aus Nachkommen der früheren SklavInnenhalter bzw. französischer EinwandererInnen besteht, während die schwarze Mehrheit der Bevölkerung die ArbeiterInnenklasse und die ärmsten Schichten darstellt.

Die Organisation des Streiks wurde von der Dachorganisation „Kollektiv gegen die Ausbeutung“ (LKP) durchgeführt, die rund 50 Gewerkschaften, politische und kulturelle Organisationen vereinte. Zu den einflussreichsten Gruppierungen in der LKP gehörte die Gewerkschaft CGTG, deren Vorsitzender ein trotzkistischer Aktivist von Combat Ouvriere (Schwesterorganisation der französischen Lutte Ouvriere) ist. Die Bevölkerung unterstützte die LKP und zeigte durch die Teilnahme an Demonstrationen ihre Solidarität. Bis zu 65.000 Menschen sammelten sich zu einer Großdemonstration in der Inselhauptstadt.

Der Streik konnte dadurch gewonnen werden, dass sich die LKP nicht von der Regierung einschüchtern ließ und nicht auf die Heuchelei der UnternehmerInnen hereinfiel, die versuchten die Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Beschäftigten auszutragen. Stattdessen wurde die Bewegung vorangetrieben, zu stärkeren Protesten aufgerufen und der Druck erhöht.

Letztendlich wurde die Regierung zum Nachgeben gezwungen. Erkämpft wurden 200 Euro mehr Lohn, Preissenkungen für viele Artikel des täglichen Bedarfs, eine Rücknahme der Mieterhöhungen und die Einstellung neuer LehrerInnen.

Der Generalstreik hat aber nicht nur zu konkreten Verbesserungen für große Teile der Bevölkerung geführt, er diente auch als Beispiel für die ArbeiterInnen am französischen Festland, deren Antwort einer der breitesten Generalstreiks der vergangenen Jahre war. Die ArbeiterInnen von Guadeloupe gehen aber auch als Beispiel für die ArbeiterInnen aller anderen Länder voran. Sie haben gezeigt, dass es auch während der Wirtschaftskrise, oder gerade jetzt, möglich ist, durch konsequenten Kampf Verbesserungen zu erkämpfen.

von Florian, RSO Unigruppe WIen







YES WE CAMP

2.-8. August 2009 in Liberec (CZ)

„YES WE CAN." Mit diesem Spruch ist Barack Obama Präsident der USA geworden. Er versprach damit einen ernsthaften Wandel in den USA und weltweit: ein Ende des Irakkrieges, Engagement gegen den Klimawandel und Hilfe für die Menschen, die durch die Wirtschaftskrise ihre Häuser oder Arbeitsplätze verlieren.

Doch jetzt, Monate nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten, **lässt der Wandel auf sich warten**. Hunderte Milliarden Dollar werden in große Banken gepumpt, gleichzeitig erreichen die Arbeitslosenzahlen neue Rekordhöhen. Der Termin für den Abzug der US-Truppen aus dem Irak wird nach hinten verschoben, gleichzeitig werden mehr SoldatInnen nach Afghanistan geschickt.

Immer mehr Menschen wird klar, dass Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit nicht einfach Ergebnisse einer falschen Politik, sondern **Produkte des kapitalistischen Systems** selbst sind. Die Herrschenden behaupten, dass es keine Alternative zu ihren Konjunkturpaketen gäbe, die dieses System retten sollen. Doch wie könnte eine alternative – antikapitalistische – Politik aussehen?

Beim REVOCAMP, einem **internationalen Sommercamp** für revolutionäre Jugendliche, treffen sich junge AktivistInnen aus verschiedenen Ländern Europas bereits zum siebten Mal in der tschechischen Republik, um dieser Frage nachzugehen.

Dort gibt es Diskussionen über marxistische Theorie – die Themen reichen von der **Krise des Kapitalismus** über Widerstandsbewegungen gegen Imperialismus bis zum „Linksruck" in Lateinamerika – und Workshops über revolutionäre Praxis – wie mensch sich auf Demonstrationen verhält, Zeitungen produziert oder Reden hält. Entspannte Nachmittage am See und abendliche Partys gehören ebenfalls zum Programm.

Yes we can fight for revolution!

REVOCAMP • 2.-8. August 2009 in Liberec (CZ) • Kostet rund 70 Euro für die Woche, a einem Zimmer und dreimal Essen am Tag • Gemeinsame Anreise aus verschiedenen Städten der BRD, der Schweiz und Österreichs • Anmeldung unter: info@revolution.de.com • Programm (bald) auf: **www.revocamp.eu.tc**

gemeinsam veranstaltet von **REVOLUTION** und der **RSO**

Für die Befreiung der Frau!

Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung

Oftmals scheint zwischen der Frauenbewegung und der ArbeiterInnenbewegung – gerade heute – eine große Lücke. Während die Frauenbewegung sich nach Lösungen innerhalb des Systems umschaut und gegenüber der Unterdrückung von ArbeiterInnen allgemein ignorant erscheint, so ist und war in der ArbeiterInnenbewegung Sexismus immer wieder ein Problem. Dabei sollte man nicht vergessen, dass sich schon zu Beginn der organisierten ArbeiterInnenbewegung eine ausdrücklich proletarische Frauenbewegung formierte. Sie versuchte die Frauenbefreiung und die Befreiung der ArbeiterInnen miteinander zu verbinden.

Organisierung der Frauen

Der Beginn der organisierten ArbeiterInnenbewegung in Deutschland ist die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (SdAP), welche am 8. August 1869 stattfand. Es wurde die gemeinsame Organisierung von Frauen und Männern im Kampf gegen den Kapitalismus beschlossen, die wichtiger Ansatzpunkt für die Herausbildung der proletarischen Frauenbewegung werden sollte. 1869 wurde die Internationale Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts gegründet, die auch das erste Dokument der proletarischen Frauenbewegung veröffentlichte, welches nur von Frauen geschrieben wurde. Darin wurden Arbeiterinnen aufgefordert, in die Organisationen der ArbeiterInnenschaft einzutreten und gemeinsam mit ihren männlichen Genossen in der Öffentlichkeit an der Emanzipation der ganzen ArbeiterInnenklasse mitzuwirken. Es gründeten sich aber auch eigene Frauenorganisationen, die sich von bürgerlichen Frauenorganisationen abspalteten, wie der Berliner Arbeiter-Frauen- und Mädchen-Verein 1872/73.

Enormen Einfluss auf die proletarische Frauenbewegung hatte August Bebels Werk „Die Frau und der Sozialismus". Neben Engels „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums, und des Staates" präzisierten sie die Vorstellungen der Frauenbefreiung in weiten Teilen der SdAP.

In den 1880er Jahren spielte Getrud Guillame-Schack eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung eigener Organisationspraxis, indem sie als treibende Kraft bei der Gründung einer ganzen Reihe von besonderen Frauenorganisationen fungierte. Sie kämpfte gegen die Einschränkung der Arbeitsrechte durch das „Arbeitsschutzgesetz" für Frauen, das Frauen die Ausübung diverser Berufe verbot. Diese Position vertrat später auch Clara Zetkin.

Zetkin war es auch, die 1889 die erste Frauen-Agitationskommission gründete, welche als informelle Zentralstelle der verschiedenen lokalen Frauen-Vereine und -Gruppen fungierte. Clara Zetkin war eine der, wenn nicht die, wichtigste(n) Personen der proletarischen Frauenbewegung. Sie setzte sich stets für die aktive Teilnahme von Frauen in der sozialistischen Bewegung ein. Clara Zetkin stellte fest, dass durch die Erwerbsarbeit die proletarische Frau dem Mann ihrer Klasse wirtschaftlich gleichgestellt werde. Der Emanzipationskampf der Proletarierinnen war daher nicht ein Kampf gegen die Männer der eigenen Klasse, sondern ein Kampf gemeinsam mit ihnen gegen die KapitalistInnenklasse. Dabei war allerdings die Frauenbefreiung dem Sozialismus nicht nachgestellt, sondern beide Kämpfe standen miteinander in Verbindung.

Integration in die SPD

Lange Zeit reduzierte sich die zentrale Organisation der proletarischen Frauenbewegung auf Vertrauenspersonen/-frauen, die formal unabhängig, tatsächlich aber zentral koordiniert waren. Auch die erste internationale sozialistische Frauenkonferenz 1907 konnte daran nichts ändern. Sie begründete zwar das Internationale Frauensekretariat, welches aber förderalistisch und nicht zentralistisch organisiert war. Dies war Resultat der Politik der Zweiten Internationale.

Diese war es auch, die die proletarische Frauenbewegung in den nächsten Jahrzehnten in die sozialdemokratische Partei integrierte, gegen den Widerstand des linken Flügels um Zetkin. Dies geschah nicht, um einen vereinten Kampf gegen Sexismus und Kapitalismus auf revolutionärer Grundlage führen zu können, sondern zur besseren Kontrolle der proletarischen Frauenbewegung durch die zunehmend reformistische SPD. Autonome Strukturen der Frauenbewegung wurden ab 1908 zunehmend aufgelöst oder intergriert. Von einer eigenständigen proletarischen Frauenbewegung konnte von nun an nicht mehr die Rede sein, auch wenn die Frauenfrage in der Gesamtorganisation mehr zur Sprache kam als früher.

Dazu gehörte unter anderem die Diskussion um das Frauenwahlrecht, der Kampf um die Einbindung von Frauen in die ArbeiterInnenbewegung durch Lese- und Bildungsabende, Schutz von Mutter und Kind und zur Jugenderziehung – neben den allgemeinen sozialistischen Forderungen.

Nur die – durch staatliche Repression erzwungene – relative Autonomie der proletarischen Frauenbewegung garantierte, dass der linke Flügel um die Autorität Zetkin weiterhin seinen Einfluss behielt. Dieser konnte eine Verbürgerlichung der proletarischen Frauenbewegung verzögern und eine deutlich linkere Prägung durchsetzen. Auch die Dezentralisierung war hierbei hilfreich, die eine stärkere Orientierung am Bewusstsein der Basis sicherstellte.

Spaltung der Bewegung

Letztlich spaltete sich proletarische Frauenbewegung, wie die Sozialdemokratie allgemein, doch. Mit der Oktoberrevolution 1917 musste der revolutionäre Flügel eine klare Position beziehen. Dazu gehörte auch (wieder) eine verstärkte Selbstorganisierung (unterstützt von USPD und Gruppe Spartakus) und die Ausbildung von Frauen, um sie innerhalb des Organisationsrahmens zu vollwertigen Parteimitgliedern zu erziehen. Erst diese Spaltung von der bürgerlichen sozialdemokratischen Partei führte schließlich zur kommunistischen Frauenbewegung nach 1917.

Die proletarische Frauenbewegung hat wichtige Dienste für die organisierte ArbeiterInnenbewegung geleistet. Sie war es, die die Wichtigkeit der Trennung von Frauen entlang der Klassenlinie aufgezeigt hat; dass die Interessen der Frauen verschieden sind, dass die des weiblichen Proletariats weit über den kapitalistischen Rahmen hinaus gehen. Sie hat die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes der ArbeiterInnen – unabhängig des Geschlechts – sowohl für die Frauenbefreiung als auch die soziale Befreiung aufgezeigt. Außerdem macht die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung die Schwierigkeiten deutlich, mit der Frauen in einer männerdominierten ArbeiterInnenbewegung zu tun haben: vor allem, dass es für Frauen richtig sein kann, sich autonom zu organisieren, solange eine sozialistische Partei keinen gemeinsamen und konsequenten Kampf gegen Sexismus inner- und außerhalb der Partei und der Bewegung führt.

von Johannes, Revo und RSO Berlin



Artikel | Diskussion | Seite Bearbeiten | Version/AutorInnen

Anti-Imperialismus

Die Welt ist deutlich gespalten: Während einige Länder in Wohlstand leben und die internationale Politik maßgeblich bestimmen, leidet ein Großteil der Menschen in den meisten anderen Regionen an **Hunger**, **Armut** und mangelnder Infrastruktur. Ihre Regierungen gelten zumeist als diktatorische Regime oder korrupte Marionetten.

Früher befanden sich diese Länder als **Kolonien** unter der direkten Kontrolle der „fortgeschrittenen“ Industrienationen. Heute gibt es offiziell keine Kolonien mehr, doch die wirtschaftlichen Abhängigkeiten bestehen weiter.

Es geht den Ländern der „**3. Welt**“ nicht deswegen schlecht, weil sie aus eigener Kraft nicht zu Verbesserungen in der Lage wären, sondern weil die mächtigen Staaten heute wie damals alles tun, um ihre eigene Vorherrschaft aufrecht zu erhalten und sich auf Kosten der abhängigen Länder zu bereichern. Gerade diese ungleichen Macht- und Unterdrückungsverhältnisse, die im Laufe der kapitalistischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts entstanden sind und bis heute fortdauern, bezeichnen MarxistInnen als **Imperialismus**.

Imperialistische Politik – sei es durch die Überausbeutung von ArbeiterInnen, die Abschöpfung von Rohstoffen oder militärische Besetzung – ist ein wesentlicher Faktor für den Erhalt der kapitalistischen Verhältnisse. Wer den Kapitalismus bekämpfen will, muss sich also Gedanken darüber machen, wie die Vorherrschaft der ImperialistInnen auf allen Ebenen (militärisch, wirtschaftlich und politisch) gebrochen werden kann.

1. Propagandalügen

Ein erster Schritt ist die konsequente Entlarvung der allgegenwärtigen Propaganda, mit der die **USA**, **Deutschland** und andere **imperialistische Staaten** ihre Kriege rechtfertigen. Sie geben vor, Demokratie und Freiheit verbreiten zu wollen. Doch diese Kriege werden aus wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen heraus geführt.

Revolutionäre Kräfte dürfen in solch einem Konflikt niemals die Aktionen der ImperialistInnen befürworten (z.B. mit der Begründung, ein Krieg gegen eine Diktatur sei das „kleinere Übel“). Stattdessen müssen wir stets auf der Seite der Angegriffenen stehen – selbst wenn es sich dabei um ein Land handelt, dessen Regierung die eigenen ArbeiterInnen brutal unterdrückt.

Natürlich sehen wir ein solch reaktionäres Regime jederzeit als Feind der ArbeiterInnenklasse an – wir wissen aber auch, dass die imperialistischen Mächte es nach ihrem Sieg nur durch eigene HandlangerInnen ersetzen würden und dies die Situation der ArbeiterInnen keinesfalls verbessern würde. Im Gegenteil: Die Bevölkerung des „befreiten“ Landes würde sich nun in doppelter Unterdrückung befinden: Einerseits durch die einheimische Bourgeoisie, andererseits durch BesatzerInnen und ausländische Konzerne.

Im konkreten Falle eines Krieges wird insbesondere von **PazifistInnen** meist gefordert, dass beide Konfliktparteien ihre Waffen niederlegen, um eine friedliche Lösung zu finden. Ein solcher Ansatz greift jedoch zu kurz, denn er übersieht, dass es zwischen den reichen Staaten und den abhängigen Halbkolonien niemals einen gleichberechtigten „Frieden“ geben kann. Auch ohne Bombenhagel und rollende Panzer würde die systematische Unterdrückung weiterbestehen, die z.B. aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit resultiert.

Solcher Pazifismus spielt letztendlich nur den imperialistischen Mächten in die Hände. Stattdessen muss das Recht der Unterdrückten auf Widerstand eingeräumt werden.

2. Befreiungsbewegungen

In vielen der halbkolonialen Ländern gibt es nationale Befreiungsbewegungen, die sich diesem Widerstand verschrieben haben. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die verschiedenen Widerstandsorganisationen jeweils sehr kritisch betrachtet werden müssen.

Diese Bewegungen haben meist eine bürgerliche Führung, die versucht, die Kraft der arbeitenden und verarmten Massen für sich zu nutzen, um damit eigene Interessen zu verfolgen. Die bürgerlichen Teile der Bewegung (also Groß- und KleinkapitalistInnen) wollen zwar auch den imperialistischen Einfluss zurückdrängen – allerdings nur, um die Profite aus der Ausbeutung der einheimischen ArbeiterInnenklasse nicht mit ausländischen Unternehmen teilen zu müssen.

3. Einheitsfront

Um den antiimperialistischen Kampf im Sinne der ArbeiterInnen zu führen und nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben (d. h. immer auch den Kampf gegen die eigene KapitalistInnenklasse im Auge zu behalten), muss sich die ArbeiterInnenbewegung eine Führungsrolle im Widerstand erkämpfen.

Genau diesem Zweck soll die Taktik der **antiimperialistischen Einheitsfront** dienen. Dabei geht es darum, dass proletarische Organisationen den bürgerlich dominierten Widerstandsgruppen ein Angebot zur Zusammenarbeit unterbreiten – nicht, um sich deren Führung unterzuordnen, sondern um einen größeren Einfluss auf die (proletarischen) Massen an der Basis des Widerstands zu bekommen.

Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, liegt daran, dass der bürgerliche Widerstand oftmals reaktionären Ideologien oder religiösem Fundamentalismus anhängt und deswegen der ArbeiterInnenbewegung eigentlich feindlich gegenübersteht (z.B. der islamistische Widerstand in Afghanistan oder Palästina).

Bei einer solchen Einheitsfront muss jederzeit die politische und organisatorische **Unabhängigkeit** der ArbeiterInnenorganisationen gewährleistet sein. Das beinhaltet auch die Freiheit, bei gemeinsamen Demonstrationen oder Aktionen für die eigenen Positionen einzustehen und die Basis des Widerstands für eine sozialistische Perspektive zu gewinnen. Denn das Ziel der Zusammenarbeit ist letztendlich die Schwächung der bürgerlichen und reaktionären Elemente im Widerstand.

Auch wenn wir als europäische oder deutsche AktivistInnen wenig konkreten Einfluss auf die Befreiungskämpfe in anderen Ländern haben, so können wir trotzdem eine eigene antiimperialistische Praxis entwickeln. Deutschland ist eine bedeutende Wirtschaftsmacht und betreibt unter dem Deckmantel von „**humanitärer Hilfe**“ eine zutiefst imperialistische Außenpolitik. Dies müssen wir genauso bekämpfen: die stetige Aufrüstung der **Bundeswehr** und ihre ständigen Rekrutierungsversuche, vor allem unter Jugendlichen.

von Tom, Revo Bernau

KULTURREVOLUTION





Rosa (im Grips-Theater)

Ihr Todesdatum ist jedes Jahr Anlass für eine der größten regelmäßigen linken Demonstrationen im europäischen Raum. Aber genauso groß wie diese Demonstration ist auch die Brandbreite der teilnehmenden Gruppierungen und Einzelpersonen. Genauso unterschiedlich ist auch die Darstellung ihrer Person. Nahezu alle „GenossInnen" oder „FreundInnen", die sich in der BRD selbst als „links" begreifen, beziehen sich positiv auf die Kommunistin Rosa Luxemburg.

Das Leben von Rosa wird in diesem Theaterstück im Berliner Grips-Theater streng chronologisch erzählt. Unterbrochen wurde der Zeitenlauf durch verschiedene thematische Lieder, typisch für das Grips-Theater. Hier fanden die Internationale aber auch viele Musical-ähnliche Stücke ihren Platz.

Durch die chronologische Form der Darstellung, die vom Macher Volker Ludwig und Regisseurin Franziska Steiof gewählt wurde, muss sehr viel Geschichte behandelt werden. Das wirkt teilweise überfüllt und lässt wenig Zeit, die Gedanken Luxemburgs, die wichtige Beiträge zum Marxismus darstellen und nach wie vor aktuell sind, wahrzunehmen.

Das Theaterstück versucht sich in einem Spagat aus dem Privatleben und der Arbeit der Berufsrevolutionärin. Die private Seite Luxemburgs als Frau wird in den Vordergrund gerückt. Auf mich wirkte es wie der Versuch, die Gründerin der KPD zu entpolitisieren.

Insgesamt hinterließ das Stück einen sehr seichten Eindruck. Ich verstehe bis heute nicht, wie man inmitten der größten Weltwirtschaftskrise seit 1929 auf die Idee kommt, Rosa Luxemburgs Sehnsucht nach Gardinen und schönen Blumen in ein Lied zu packen und dabei auf politische Inhalte zu verzichten. Damit wurde erhebliches Potential verschenkt. Alles in allem war es ganz nett und vielleicht auch genau das Richtige für traditionsbewusste SozialdemokratInnen oder Friedensbewegte. Für RevolutionärInnen dagegen war es eher enttäuschend.

von Alex, Revo FU

Star Trek

Der britische Schauspieler Simon Pegg erklärte vor Jahren in seiner Fernsehserie „Spaced", dass jeder Star-Trek-Film mit ungerader Zahl Scheiße ist. Der 11. Star-Trek-Film (mit dem leicht zu merkenden Titel „Star Trek") kam Anfang Mai ins Kino, und Simon Pegg spielt den schottischen Ingenieur „Scotty". Um sich zu herauszureden, meinte er, er war bekifft, als sie „Spaced" gemacht haben.

Wie dem auch sei. Der neue Film über Captain Kirk und Mr. Spock – produziert von Lost-Typen J.J. Abrams und Damon Lindelof – ist jetzt schon mit über 200 Millionen Dollar Einnahmen der erfolgreichste Film in der Reihe. Weg sind die übergewichtigen alten Männer als Action-Helden – an ihrer Stelle stehen Sprösslinge, die aus welchem Grund auch immer sofort nach Verlassen der Sternenflottenakademie ein riesiges Raumschiff kommandieren (was nicht weniger absurd wirkt).

Star Trek war immer mit oberflächlichen politischen Analogien überladen: die KlingonInnen als die RussInnen, die Borg als die ChinesInnen, die Föderation als die AmerikanerInnen oder die UNO usw. Doch das gerät in diesem neuen Film ziemlich durcheinander. Der Feind ist nicht mehr eine böse außerirdische Rasse, sondern einfach ein durchgedrehter Typ mit verheerenden Waffen – passt gut zum Feindbild im sog. „Krieg gegen den Terror", oder? Deswegen muss die Sternenflotte sich auch als „humanitäre Flotte" präsentieren.

Frustrierend ist, dass der Film nicht die geringste Mühe macht, um im etablierten Star-Trek-Universum zu bleiben. Und während die bisherigen Star-Trek-Serien einigermassen seriös mit Wissenschaft umgingen (der Physiker Steven Hawking soll die Idee der Materie-Antimaterie-Triebwerke bewundert haben) ist das mit diesem Film alles aus dem Fenster geworfen worden. Jedes Problem kann mit einer nicht näher beschriebenen „Roten Materie" gelöst werden, und jedes Raumschiff kann problemlos durch ein schwarzes Loch fliegen.

Alles ziemlich sinnlos – aber immerhin haben sie einen Haufen Geld gemacht.

von Wladek, Revo Berlin

Alleine ist es schwer zu kämpfen! Deswegen organisieren wir uns in der unabhängigen Jugendorganisation **REVOLUTION** und kämpfen für eine Welt ohne Rassismus, Sexismus, Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg – für eine Welt ohne Kapitalismus! Willst du mitkämpfen? Schau einfach bei der Revo-Gruppe in deiner Nähe vorbei oder besuche unsere Seite!

REVOLUTION Germany

berlin@revolution.de.com
fu@revolution.de.com
dresden@revolution.de.com
kiel@revolution.de.com

REVOLUTION Weltweit

Portal ☛ www.onesolutionrevolution.org
Schweiz ☛ www.revolution.ch.tc
Tschechien ☛ www.revo.cz.tc
Australien ☛ www.revo.au.tt

Unabhängigkeitserklärungen

Sollte eine kommunistische Jugendbewegung unabhängig sein? Antworten auf diese Frage von Liebknecht, Lenin, Trotzki, der Kommunistischen Internationale und anderen.
40 Seiten, 2€



Grundsatzpositionen

Ein neues programmatische Dokument von REVOLUTION, beschlossen im Juli 2008: eine Strategie, die wir allen Jugendlichen vorschlagen, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen.
16 Seiten, 1€

V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg

Kampf gegen Nazis = Klassenkampf!

Einige Schlussfolgerungen nach dem Naziangriff gegen den DGB am 1. Mai in Dortmund

Am 1. Mai wurde eine Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Dortmund von rund 300 Nazis angegriffen. Mit Steinen und Holzstangen griffen sie die Menschen am Dortmunder Theatervorplatz an. Vor allem zielten sie auf türkisch- und kurdischstämmige GewerkschafterInnen, die am Ende der Demo liefen. Die Dortmunder Nazis wollten eigentlich an der faschistischen Großdemo am 1. Mai in Hannover teilnehmen. Nachdem diese verboten worden war, riefen sie im Internet zu „kreativen Aktionen" auf.

Die Polizei meinte, sie sei in der Situation „überfordert" gewesen. Doch sie hatte genug Kräfte bereit, um einen am Boden liegenden türkischstämmigen Gewerkschafter in den Kopf zu treten (wie in einem Video klar zu sehen ist). Schliesslich aber hat sie rund 150 Nazis eingekesselt und abgeführt.

Hintergründe

Naziangriffe finden jeden Tag in der BRD statt. In der Regel richten sie sich gegen MigrantInnen, linke Jugendliche, sexuelle Minderheiten und andere besonders unterdrückte Gruppen. Doch in Dortmund haben die Nazis gezeigt, dass die organisierte ArbeiterInnenbewegung mitten in ihrer Zielscheibe liegt.

Teile der heutigen Nazibewegung geben sich gern „(national)revolutionär" oder „antikapitalistisch"; sie präsentieren sich als KämpferInnen für den „kleinen Mann" oder den Arbeiter (wenn dieser deutschstämmig ist, versteht sich). Doch ihr Ziel ist eine „Volksgemeinschaft", in der jegliche menschliche Vielfalt und alle Klassenwidersprüche nicht aufgehoben, sondern gewaltsam unterdrückt werden. Die Nazis behaupten, dass es in einer „Volksgemeinschaft" keine Ausbeutung geben würde, aber die Geschichte zeigt, dass unter dem Faschismus die KapitalistInnen reicher werden und die ArbeiterInnen härter arbeiten müssen.

Jegliche eigenständige Organisation der ArbeiterInnenklasse (selbst eine so gemäßigte Organisation wie der DGB) muss vom Faschismus zerschlagen werden. Genauso lief es bei der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland: die sozialdemokratischen GewerkschaftsführerInnen taten ihr Bestes, um sich dem neuen Regime anzupassen – so riefen sie zu den Naziveranstaltungen am 1. Mai auf. Doch die Nazis konnten nicht mal eine dermaßen unterwürfige Gewerkschaft dulden: sie mussten jegliche Strukturen der ArbeiterInnenbewegung restlos beseitigen.

Selbstschutz

Der Naziangriff in Dortmund zeigt, dass die ArbeiterInnenbewegung sich nicht auf den Schutz durch die Polizei verlassen kann. (Die SPD hat das in den 30er Jahren versucht – mit den bekannten Folgen.) Es bringt auch nichts, auf Verbote von Naziveranstaltungen zu hoffen. Die Nazis waren überhaupt erst in Dortmund, weil eine Nazidemo in Hannover verboten worden war! Solche Verbote werden auch (und in Zeiten zugespitzer Klassenkämpfe in erster Linie) gegen die Linke eingesetzt. Jetzt schon fordert die bürgerliche Presse ein härteres Durchgreifen gegen Nazis, etwa ein Verbot ihrer sog. „Anti-Kriegs-Demonstration" am 1. September in Dortmund, doch im gleichen Atemzug fordern sie auch ein Verbot der revolutionären 1. Mai-Demonstration in Berlin.



Die ArbeiterInnenbewegung muss sich selbst verteidigen, um Angriffe abzuwehren und eigene Veranstaltungen durchführen zu können. Selbstverteidigung bedeutet nicht gleich die Anschaffung von Schusswaffen oder Ähnliches: schon die Aufstellung eines demokratisch gewählten OrdnerInnendienstes, der mit Fahnenstangen (aber mit dicken Fahnenstangen!) bei der Veranstaltung anwesend ist, ist ein wichtiger erster Schritt.

Radikalisierung

Der Aufbau von antifaschistischen Selbstverteidigungsgruppen dient aber nicht nur dem Selbstschutz, sondern kann auch zur Radikalisierung der ArbeiterInnenbewegung führen. Deswegen muss die radikale Linke (wie die Antifa-Bewegung) dabei eine wichtige Rolle spielen. Es stimmt, dass die sozialdemokratischen Führungen von DGB oder Linkspartei kein Interesse an antifaschistischer Selbstverteidigung haben: sie würden sich lieber auf die Polizei verlassen (oder notfalls sich selbst verprügeln lassen), weil sie am meisten Angst vor einer eigenständigen Mobilisierung der Unterdrückten einschließlich ihrer Mitglieder haben. Aber DGB, Linkspartei usw. bleiben ArbeiterInnenmassenorganisationen mit Millionen MItgliedern – und Aufrufe zur „sozialen Revolution" klingen hohl, wenn wir mit unserer Politik nicht in diese Organisationen hineinwirken können.

Deswegen ist die Aufgabe von jedem/r Antifaschist/in, die organisierte Selbstverteidigung der ArbeiterInnenbewegung voranzutreiben. Kleine, militante Gruppen werden mit der wachsenden Nazigefahr kaum fertig – die heute typische Arbeitsteilung in der Antifa-Bewegung (Gewerkschaftsvorstände stellen Geld zur Verfügung, die Antifa-Gruppen kümmern sich um die Aktionen) reicht überhaupt nicht aus. Stattdessen muss das Ziel antifaschistischer Politik sein, die Basis der ArbeiterInnenorganisationen in den aktiven Kampf gegen den Faschismus hineinzuziehen.

★ Für den antifaschistischen Selbstschutz!

★ Für Selbstverteidigungsgruppen aus GewerkschafterInnen, MigrantInnen, Jugendlichen und anderen unterdrückten Gruppen!

unabhängige Jugendorganisation REVOLUTION